

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Quelltext für Überwachungssoftware**

Die Grundlage jeder Software ist der sogenannte Quelltext, ein maschinenlesbarer Text, der vom Computer in das eigentliche Programm „übersetzt“ wird. Dieser Quelltext gibt vollständig Auskunft über alle Funktionen des Programms, und kann somit für Anwenderinnen und Anwender wertvolle Informationen liefern.

In der Regel wird kommerzielle Software ohne offenen Quelltext geliefert. Dies soll unbefugtes Kopieren von einzelnen Funktionen oder der gesamten Software verhindern. Während dies in alltäglichen Anwendungen in der Regel kein Problem darstellt, müssen die Behörden im Fall von sicherheitsrelevanter Software, die einen tiefen Eingriff in grundgesetzlich besonders geschützte Bereiche ermöglicht, im vollen Umfang über deren Funktionen und eventuellen Auswirkungen informiert sein.

Der Fall des sogenannten Staatstrojaners hat gezeigt, dass die Unkenntnis über den Funktionsumfang von Programmen dazu führen kann, dass die Grenzen des rechtlich Zulässigen leicht überschritten werden können. Gegenwärtig plant das Bundeskriminalamt, entsprechende Software selber erstellen zu lassen, um diesen verfassungsrechtlich hoch relevanten Bereich nicht weiter outsourcen zu müssen. Bis dies aber der Fall ist, bedarf es einer Regelung, um sicherzustellen, dass die eingesetzte Software keine weiteren unbekannt Funktionen beinhaltet.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zur Einsetzung bundeseinheitlicher Software

1. anzustreben, dass bei zukünftigen Beschaffungen von Software, die für Ermittlungszwecke bzw. bei Überwachungen eingesetzt wird, den Behörden der Quelltext zur Verfügung gestellt wird,
2. zu prüfen, ob bei bereits eingesetzter Überwachungssoftware nachträglich der Quelltext angefordert werden kann und
3. sicherzustellen, dass Software, die für Ermittlungszwecke bzw. Überwachungen eingesetzt wird, keine weiteren Funktionen beinhaltet.

Rainer Hamann, Sükrü Senkal,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Mustafa Öztürk,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen